

„Verteidigung der Freiheit: Wehrpflicht aus liberaler Sicht“ – Lektionen der Geschichte

Seit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine im Februar 2022 wird in Deutschland verstärkt über die Wiedereinführung einer Wehrpflicht diskutiert. Durch den im Osten Europas entflammten Konflikt wurde der Kriegsfall plötzlich auch wieder für Deutschland denkbar und die seit Jahren bekannten Probleme und Schwächen unserer deutschen Armee, der Bundeswehr, gelangten nun durch Politik und Medien großflächig ins öffentliche Bewusstsein. Die Angst vor einem Angriff durch einen totalitären Staat versammelt nicht wenige Bürger Deutschlands und seiner Nachbarn hinter dem Aufruf, man müsse nun Schritte zur Verteidigung der europäischen „Freiheit“ einleiten. Doch von welcher Freiheit wird hier überhaupt gesprochen und warum laufen wir Gefahr, bei der Verteidigung einer beschworenen Freiheit unsere tatsächliche zu verlieren?

In der Leibniz'schen Tradition gilt es grundlegend zwischen negativer Freiheit, der Absenz von Zwängen, und der positiven Freiheit zum vielfältigen, individuellen Handeln zu unterscheiden. In den politischen Aufrufen, die seit nunmehr 3 Jahren durch die Medienwelt geistern, ist zweifellos eine positive Freiheit gemeint, repräsentiert durch den europäischen *way of life*. Von einer Verteidigung der negativen Freiheit hingegen kann keine Rede sein, denn Konzepte wie eine allgemeine Wehrpflicht sind der Inbegriff eines Zwangs. So muss der Einberufene im Frieden seine Zeit, im Krieg sogar sein Blut und im schlimmsten Fall sein Leben, sein höchstes Gut, infolge eines staatlichen Zwangs geben. Bereits 1960 wies Friedrich August Hayek auf die Gefahr einer solchen „freiheitlichen“ Rhetorik und ihrer politischen Umsetzung in seiner *constitution of liberty* hin. So heißt es dort:

„Once wide coercive powers are given to governmental agencies [...] there is no end to the sophisms by which the attractions of the word ‘liberty’ can be used to support measures which destroy individual liberty.“

Folglich bedeutet dies für Liberale und Libertäre, dass wir darauf bedacht sind und sein sollten, dem Staat so wenig wie möglich Zwangsmächte zuzubilligen, um somit die größtmögliche individuelle Freiheit zu gewährleisten. In den sich anschließenden Ausführungen möchte ich den geneigten Leser dazu einladen mit mir darüber nachzudenken, wie viel negative Freiheit wir bereit sein müssen aufzugeben, damit die Verteidigung unserer positiven Freiheiten angemessen erfolgen kann, so dies denn nötig wird. Doch statt einer bloßen theoretischen Auseinandersetzung soll auch die Praxis nicht zu kurz kommen. Darum orientiere ich mich an drei antiken Republiken, in denen einige der konventionellen Modelle etabliert worden waren, um ein Urteil über ihre heutige Praktikabilität zu fällen. Denn wie der klassische Philologe Uvo Hölscher weit vor mir so treffend formulierte:

„Die Antike ist unser nächstes Fremde. Sie ist der Spiegel, durch den wir auf unsere eigene Zeit schauen können und müssen. Nur so können wir wahrhaftig aus der Geschichte lernen und vermeiden, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen.“

Meine Überlegung gliedere ich in absteigender Reihenfolge danach, für wie erstrebenswert ich das Modell halte. Nach meinem Freiheitsverständnis sind das: *absolute Zwangsfreiheit*, *Finanzierungszwang*, *Dienstzwang*. Betrachten wir also im Einzelnen, ab welchem Zwang eine ausreichende Wehrfähigkeit angenommen werden kann.

Eine anarchistische Utopie – Privatisierte Landesverteidigung

Angesichts der gegenwärtigen Lage der Bundeswehr – von Materialengpässen über eine ineffiziente Verwaltung bis hin zu einem durch Karrieristen übergroß gewachsenen Stab – scheint sich ein liberales Vorurteil zu bestätigen: *Hier sieht man mal wieder die Ineffizienz eines Staatsmonopols!* Und der Befund ist korrekt: Ein staatliches Monopol im Bereich der äußeren Sicherheit unterliegt naturgemäß nicht den gleichen Effizienzanreizen wie ein Markttakteur, der um Kunden konkurriert. Daraus ergibt sich für einige Vertreter der liberalen und libertären Denkschule ein vermeintlich logischer Schluss: Was der Wirtschaft guttut, würde auch dem Militär guttun. Warum also nicht auch die äußere Sicherheit dem Markt überlassen? Warum sollte der, der dem Staat in nahezu allen anderen Bereichen misstraut, ihm ausgerechnet in Fragen von Leben und Tod, von Krieg und Frieden das letzte Wort überlassen? Sehen wir uns also zunächst an, wie eine marktwirtschaftlich organisierte Verteidigung in der Theorie aussähe.

Ein Wegfall der Verteidigungsaufgaben würde den Staat finanziell, personell und organisatorisch deutlich verschlanken. Zugleich entstünden dem Individuum neue Freiheiten – durch den Abbau steuerlicher Abgaben und den Wegfall dienstlicher Verpflichtungen. Im Zuge des gestiegenen Sicherheitsbedürfnisses würden darauf folgend – gemäß der Prinzipien der spontanen Ordnung – Unternehmen in den Markt treten, die gleich einem Sicherheitsdienst und einer Versicherung auf verschiedenen Ebenen eine entsprechende Dienstleistung anböten. So zumindest die Erwartung von Anarcho-Kapitalisten wie Murray Rothbard, die in ihrer Vorstellung eines radikal freien Marktes und einer staatslosen Gesellschaft so weit gehen, sämtliche Sicherheitsleistungen inklusive Polizei und Justiz zu privatisieren. Sicherheit wird so vom steuerfinanzierten Bürgerrecht zur Dienstleistung und die Inanspruchnahme jener Dienstleistung ist hier eine bloße Möglichkeit und obliegt somit der freien, individuellen Entscheidung. Aus der Kombination mit dem individuellen Recht auf Waffenbesitz ergebe sich so ein Idealzustand: das Individuum sichert sich selbst im persönlichen und die Sicherheitsunternehmen selbiges auch im gesellschaftlichen Kontext. Wer die professionelle Verteidigung nicht finanzieren wolle (oder könne), dessen Sicherheit müsse in Eigenregie gewährleistet werden. Zudem seien die Unternehmen auch intrinsisch dazu motiviert, keine Konflikte zu beginnen und sich gegenseitig abzusichern (*Mutual-Defense-Agreement*), weil sie sonst die eigene Wirtschaftlichkeit gefährden würden. Dies mache aggressive Handlungen gegen andere kostspielig und somit unattraktiv – so wie auch ein Versicherungsunternehmen das Greifen seiner Dienstleistung nicht anstrebt – und das Unternehmen würde keine Angriffskriege beginnen. Und falls der Verteidigungsfall eintreten sollte, so zeichneten sich die privaten Sicherheitsunternehmen durch hohe Professionalität, Effizienz und Flexibilität aus. Sie würden aus der Motivation der zu steigenden Wirtschaftlichkeit heraus stetig neue Technologien und Taktiken entwickeln, könnten ihr Personal nahezu maximal spezialisieren und hätten somit einen enormen Vorsprung gegenüber einer konventionellen, staatlich organisierten Armee. Dass diese Vorstellung jedoch zwei schwerwiegende Schwachstellen hat und die Überlegung der Wirtschaftlichkeit im Krieg besser nur nachrangig angesehen werden sollte, möchte ich mit folgendem Beispiel darlegen.

Söldner und Milizen – Karthago gegen Rom

Im Jahr 264 v. Chr. entstand nach zahlreichen vorausgegangenen Konflikten auf Sizilien der erste ausgewachsene Krieg zwischen den damaligen Großmächten am Mittelmeer – Rom und Karthago – der erste Punische Krieg. Die Römer versuchten zu dieser Zeit die Hegemonialmacht Karthago einzuholen, jedoch mit grundlegend anderen Ansätzen, wie sich beispielsweise in ihrer Heeresverfassung zeigte. Das feudale Rom und seine Bundesgenossen – deren Zusammenschluss erstaunliche Ähnlichkeiten mit der heutigen NATO aufweist – bauten auf Einberufung ihrer Bürger, während die durch Handel sehr wohlhabenden Karthager zur Kriegsführung für gewöhnlich umfassende Söldnerheere nutzten. Diese professionellen Truppen schlugen zuvor die Miliz-Heere barbarischer Stämme mit großer Zuverlässigkeit und bildeten eines der Fundamente von Karthagos rascher Expansion. Doch nach der Einschätzung des griechischen Geschichtsschreibers Polybios scheiterten die Karthager mit dieser Herangehensweise an eben dem Problem, welches auch noch heute ein solches Verteidigungsmodell plagt:

Nach Jahrzehnten des Krieges, in dem sich die Söldner teils gut, teils mäßig gegen die römischen Einberufenen und ihre Verbündeten schlugen, waren die finanziellen Ressourcen der Karthagischen Bürgerschaft allmählich erschöpft. Der Preis zum Anwerben immer weiterer Kontingente stieg enorm an und die Römer gaben nicht nach. Hinzu kam, dass die einzelnen Abteilungen der Söldner nur schwer miteinander kommunizieren und kooperieren konnten und oft nicht einmal die Sprache ihrer Feldherren verstanden, was nicht selten zu Desorganisation auf dem Schlachtfeld führte. So gewannen schließlich die Römer den Krieg, nachdem auch ihre Ressourcen nahezu aufgebraucht, sie auf gewaltige Spenden der Adligen angewiesen waren und sie sogar ihre Sklaven mit dem Versprechen der Freiheit und des römischen Bürgerrechts für den Kriegsdienst herangezogen hatten.

Zu sehen ist hier, dass eine staatlich organisierte Armee gegenüber bloßen Söldnern häufig ein deutlich größeres Potential aufbieten kann und dadurch teils schlagfähiger ist, selbst wenn die privaten Verteidigungsinstitutionen über mehr Professionalität verfügen – und Sprachbarrieren heute weit seltener auftreten. Aus eben diesem Grunde funktioniert die anarcho-kapitalistische Vorstellung einer Deeskalation, bedingt durch die wirtschaftlichen Interessen der beteiligten Unternehmen, eben nicht – zumindest solange es kein *Level-Playing-Field* gibt. Ein Land wie die Volksrepublik China würde ohne großes Zögern – ganz im römischen Sinne – die Steuerlast und Einberufung erhöhen, um eine ineffiziente Armee im Kampf zu halten, solange sie nur auf diesem Wege den Sieg für weiterhin erreichbar hält. Wirtschaftlichkeit zählt hier nicht, der Staat folgt nicht dem Markt, sondern dem, was der kollektive Wille diktiert – oder er als solchen eben deklariert.

Als Reaktion auf die fortwährende Mobilisierung des Gegners mussten nun die Verteidigungsunternehmen des Angegriffenen den Preis ihrer Leistung stetig anheben, um die durch fortwährenden Verteidigungsfall anfallenden, laufend steigenden Kosten zu decken – schließlich wird das Angebot für Mensch und Material stetig knapper – bis immer mehr den Dienst nicht länger bezahlen könnten. Und was dann passiert, können wir ebenfalls aus der Geschichte lernen, vom Ende des besagten Krieges.

Was uns Karthago lehrt – Loyalität kann man nicht kaufen

Nachdem die Karthager nach ihrem ersten Krieg mit den Römern einen teuren Frieden unterzeichnen mussten, standen noch immer viele Söldner-Kontingente in ihrem Dienst und weil die Bürgerschaft finanziell am Boden lag, konnte man sie nicht länger unterhalten und musste sie entlassen. Da jene Söldner jedoch keinerlei Loyalität gegenüber den Karthagern verspürten – denn sie waren Fremdländer wie Griechen und Kelten, oder sogar von den Karthagern unterworfenen Völker wie Libyer und Numidier – nutzten sie die Gunst der Stunde, um ihr Gewaltmonopol voll auszuschöpfen: die einzelnen Kontingente – noch in karthagischen Landen – schlossen sich zusammen und nachdem sie zunächst lediglich immer mehr Schutzgeld erpressten, versuchten sie schließlich mithilfe interner Konflikte selbst den Staat Karthago zu übernehmen – ein mustergültiger Vertragsbruch.

Doch wie wir aus dem Geschichtsunterricht wissen, war dies noch nicht das Ende von Roms Erzfeind. Was die Bürgerschaft schließlich rettete und die Söldnerarmee nach mehr als 4 Jahren Krieg im eigenen Land niederschlug, war eine massenhafte Einberufung von Bürgern, gepaart mit der militärischen Raffinesse der karthagischen Generäle. Alle wussten zu diesem Zeitpunkt, dass ein Versagen den Verlust der Heimat und die eigene Vernichtung bedeuten würde und die Loyalität der Soldaten, wie auch die Vertrautheit des Gebiets und der Glaube an ihre Anführer, gab den zuvor unerfahrenen Kämpfern die nötige Schlagkraft.

Diese Episode zeigt deutlich die zweite entscheidende Schwäche eines privatisierten Verteidigungsmodells: ein liberaler, ordnungspolitischer Rahmen funktioniert nur da, wo die Einhaltung von Verträgen auch gewährleistet werden kann. Wie Hayek bereits in seiner *constitution of liberty* unterstrich, bedeutet Freiheit eben nicht die prinzipielle Abwesenheit von Zwang, sondern diesen Zwang in einen gesetzlich geregelten Rahmen zu setzen, der die Freiheit aller gewährleistet. Wenn nun aber der Staat sein Gewaltmonopol aufgibt, gibt es niemanden mehr, der eine vertragsbrüchige Partei verantwortlich halten kann und der für die Freiheit notwendige, ordnungspolitische Rahmen könnte nicht mehr aufrecht erhalten werden. Eine anarcho-kapitalistische Idealgesellschaft im Sinne Rothbards, in der die Sicherheit durch private Unternehmen aufrechterhalten wird, bliebe also nur so lange frei, wie ihr keine geschlossene Gewalt von innen oder außen begegnen würde. Denn auch eine umfassend bewaffnete Zivilgesellschaft als Struktur unter dem Verteidigungsunternehmen müsste sich erst langwierig organisieren, ehe sie einem professionellen Opponenten die Stirn bieten kann – was jedoch nicht unmöglich ist. Ist also vielleicht eine Freiwilligen-Miliz der richtige Weg, wenn wir uns dem römischen Dienstzwang entziehen wollen?

Das attische Modell – ein Freiwilligen-Heer

Wenn wir aus den erläuterten Gründen ein „Outsourcing“ der Verteidigungsfähigkeit ausschließen, bleibt als einzige Möglichkeit (zumindest mehrheitlich) die eigenen Bürger mit der Landesverteidigung zu betrauen – denn nur von ihnen darf jene Loyalität gegenüber dem Wohlergehen der Gemeinschaft erwartet werden, auf der jede nachhaltige Verteidigungsbereitschaft fußt. Fraglich ist dabei jedoch, ob die Verteidigung der Nation – also der Rechtsgemeinschaft, innerhalb derer individuelle Freiheit zur Entfaltung kommt – auf eine steuerfinanzierte Berufsarmee oder doch eher auf

eine subsidiär organisierte Verteidigungsstruktur aus Milizen und bewaffneten Bürgern gestützt werden soll und ob wir für letzteres einen staatlichen Zwang benötigen.

Die Republik des antiken Athens gilt uns bis heute als der Geburtsort einer demokratischen Verfassung, in der der Wille des Volkes Gehör findet, Freiheitsrechte gewahrt werden und eine gewisse Gleichberechtigung der (Voll-)Bürger vorherrscht. In Athen war die Verteidigung der Polis ebenso wie in vielen anderen griechischen Stadtstaaten völlig den Bürgern überlassen: ein jeder Haushalt hatte seine Ausrüstung selbst zu stellen und je nach seinen finanziellen Mitteln wurde der Einzelne entsprechend als Teil der Unterstützungstruppe oder der vordersten Schlachtlinie eingesetzt. Für die jungen Männer war zwar die Inanspruchnahme einer 2-jährigen militärischen Ausbildung verpflichtend, der Kriegsdienst selbst jedoch freiwillig, zumindest in einigen Epochen. So wurde für Expeditionen und Bündnishilfe durch finanzielle Anreize meist auf Freiwillige zurückgegriffen, wohingegen im Verteidigungsfall der Kriegsdienst eine soziale Norm darstellte. Der Griff zur Waffe war damals auch intrinsisch motiviert, denn bei Eroberung der Stadt durch den Feind drohte gemäß antiker Handhabe allen Bürgern die Versklavung oder auch – insbesondere den Männern – der Tod. Trotz dessen wahrte die attische Demokratie die Entscheidungsfreiheit des Individuums: Freiwillige wurden in einer auf Tugendhaftigkeit und Ehre bedachten Gesellschaft hoch angesehen und Kriegsdienstverweigerer wurden zwar sozial geächtet und verloren einige Privilegien, jedoch nicht ihr Leben oder Bürgerrecht – ein sehr liberales Gesetz für die damalige Zeit.

Als moderne Beispiele für den Erfolg solcher mehr oder minder zwangloser, bürgerlicher Verteidigungsmodelle werden gern die jugoslawischen Partisanen des Zweiten Weltkriegs, die nordvietnamesischen Kommunisten und insbesondere auch die afghanischen Taliban herangezogen. Alle eint der letztlich siegreiche Kampf gegen einen scheinbar übermächtigen, wesentlich professionelleren Gegner. Doch darf hier nicht vergessen werden, dass sich ihr jeweiliger Erfolg auch auf die Unterstützung auswärtiger, professioneller Dritter – die die für einen modernen Krieg notwendige Ausrüstung und Ausbildung stellten – und das enorme Mobilisierungspotential des Gegners stützen. Fehlt jedoch ein Gegner und das bewaffnete Volk ist gespalten, birgt das Modell auch enormes Risiko: schon die antiken Bürgerschaften erfuhren regelmäßig gewalttätige Parteikämpfe und Sezessionen und auch das gerade eben erwähnte Jugoslawien ereilte dieses Schicksal. Der in den frühen 90ern zerfallende, kommunistische Staat hatte in Ehrung der Partisanen über Jahrzehnte das Miliz-System beibehalten und ausgebaut, sodass überall im Land verstreut Waffenlager und paramilitärische Netzwerke zu finden waren, die nun gegeneinander zu Feld zogen und so die Jugoslawien-Kriege auslösten.

Zudem gibt es da noch einen weiteren Aspekt, der gegen eine solche Miliz spricht: technologischer Fortschritt. Prinzipiell heiße ich als privater Waffenbesitzer eine Ausweitung meines Rechts durchaus willkommen und auch einer mehrheitlich subsidiären Organisation der Verteidigungsfähigkeit kann ich viel abgewinnen. Ich wäre sogar bereit mich dem Zwang einer Grundausbildung zu beugen, um den Fortbestand meiner Nation zu gewährleisten. Doch was möchte ich mir und damit auch einem jeden anderen Staatsbürger als Werkzeug hierfür in die Hand geben? Immerhin macht es einen bedeutenden Unterschied, ob ich davon überrascht werde, wie mein Nachbar des Nachts mit klappernder Rüstung sich an meinem Türriegel zu schaffen macht oder ich den Auslöser meines vorzeitigen Ablebens nicht einmal

bemerke, der sich in Form einer leise surrenden Bombendrohne meinem Fenster nähert. Sicher, der Vergleich mag überspitzt sein und man könnte nun wieder argumentieren, dass Waffen ab einer bestimmten *Combat Effectiveness* nur den zur Verteidigung beauftragten Unternehmen zur Verfügung stehen sollten, doch das würde das zuvor beschriebene Problem des schwer zu kontrollierenden Gewaltmonopols noch immer nicht lösen.

Und selbst wenn sich für all diese Schwächen eine Regelung finden ließe, so müsste zumindest für unseren deutschen Kontext noch ein weiterer Umstand bedacht werden: ein solches System ist im Rahmen eines großflächigen Verteidigungsbündnisses nur schwerlich denkbar. Schon die französischen Kriegsgegner mahnten kurz vor dem Zweiten Weltkrieg: „Pourquoi mourir pour Dantzig?“ – Warum für Danzig sterben? Und ebenso würde ein deutscher Milizionär vermeintlich zu Recht fragen, weshalb er seinen *way of life* in einem osteuropäischen Schützengraben, am Hindukusch oder sonst irgendwo fernab der Heimat zu verteidigen habe. Somit liefе ein Modell, das auf anreizloser Freiwilligkeit des Wehrdienstes basiert, vermutlich auf den Rückzug aus sämtlichen Verteidigungsverpflichtungen jenseits des eigenen Staatsgebiets hinaus. Doch dass der Kriegsbeitritt durchaus gerechtfertigt war, merkten die französischen Pazifisten schnell genug, als das Übel an ihre eigene Tür klopfte. Wir haben also aus der Geschichte gelernt, dass bisweilen auch der Bündnisfall der Verteidigung der individuellen Freiheit zuträglich, teils dafür sogar notwendig ist und wir sollten uns der Vorstellung einer solchen Bündnishilfe auch als Freiheitsliebende zumindest nicht prinzipiell erwehren. Wenn Bündnishilfe aber als gut und richtig anzusehen ist, so müssen wir, wie einst auch die Athener, zusätzliche Anreize für Kriegsfreiwillige schaffen, sowohl durch gesellschaftliche Würdigung, als auch durch Gelder, die zwangsläufig zentral eingezogen und verteilt werden müssen. Es scheint also, eine Form von allgemeinem Zwang ist unvermeidbar, doch vielleicht reicht bereits ein Finanzierungszwang.

Von den Römern lernen heißt siegen lernen – guter Lohn für treuen Dienst

Es verbleibt uns somit nur noch jene Institution einer Verteidigungskraft, die derzeit vorliegt und zu der scheinbar keine Alternative, zumindest ohne gravierende Umbrüche oder fundamental andere gesellschaftliche Gegebenheiten, möglich ist: eine staatlich organisierte Armee, aus Bürgern rekrutiert und eingebunden in ein Bündnissystem, welche im Kriegsfall ihre Soldaten wahrscheinlich in ein anderes Bundesgebiet führen wird. Insofern möchte ich diese Gedankensammlung mit einem Vorschlag dazu abschließen, wie wir das gegenwärtige Modell minimalinvasiv umbauen und verbessern können, anstatt es vollständig umzuwälzen und neu aufzurichten. Zudem soll eine finale Antwort auf die Frage gegeben werden, wo im Spannungsverhältnis zwischen staatlichem Zwang und individueller Freiheit ein reformiertes Modell der Landesverteidigung angesiedelt sein soll.

Für ein konzeptionelles Vorbild möchte ich noch einmal auf das antike Rom zurückgreifen, diesmal allerdings zeitlich weit nach den Punischen Kriegen: ab der Heeresreform des Marius zum Ende des 2. Jh. v. Chr. wandelte sich das römische Militär sukzessiv: statt wie zuvor römische Bürger in ein Miliz-Heer zu zwingen, wurde der Kriegsdienst nun freiwillig und anders vergütet. Der Sold blieb zwar ähnlich, doch durch eine Absenkung des Mindestvermögens für den Wehrdienst – kaum vorstellbar, aber für lange Zeit wurde nur Mittel- und Oberschicht einberufen – kamen nun auch immer mehr wenig begüterte Bürger in die Armee und die Ausrüstung für diese *proletarii* wurde gestellt, statt wie zuvor

von den Soldaten selbst finanziert zu sein. Der größte Anreiz für den Dienst waren jedoch neben dem geregelten Einkommen und einer einigermaßen soliden Versorgung die sogenannten Veteranenkolonien. Nach 16 Jahren Dienstzeit wurde mit Entlassung ein Stück Land vergeben, welches meist aus den eroberten Gebieten stammte und in den Besitz des Veteranen überging. So wurde der Kriegsdienst für Tagelöhner, Verarmte und Besitzlose zum Karriereweg um das zu erreichen, was wir heute als generationsübergreifenden Wohlstand bezeichnen würden. Ab der Zeit des Kaiser Augustus wurde die Idee noch darum erweitert, dass Nicht-Bürgern innerhalb der römischen Herrschaft durch den Militärdienst auch das vererbare, römische Bürgerrecht zum Dienstende zugesprochen wurde. So kämpften auch immer mehr Provinz-Bewohner in den Legionen, um sich durch ihren Dienst dauerhaft bessere Lebensbedingungen innerhalb der Gesellschaft zu sichern. Dieses System von Anreizen mit gleichzeitiger Rückbindung der Veteranen an die Gesellschaft brachte eine loyale, auf Leistung basierende Armee hervor und führte Rom zum Höhepunkt seiner Macht.

Moderne Äquivalente solcher Vergütungssysteme, die nicht allein auf dem Sold als Entlohnung für den Militärdienst beruhen, werden auch heute noch genutzt. So findet sich beispielsweise in der russischen Armee eine im Volksmund als „Sarg-Geld“ bekannte Sonderzahlung des Staates von bis zu 140.000€ an die Familien von im Kampf getöteten Soldaten. Aus westlicher Sicht mag uns das vielleicht makaber erscheinen, insbesondere im Kontext des Ukraine-Krieges, doch für viele junge Russen sind die finanziellen Anreize der Armee enorm. Nicht nur ein Sold von umgerechnet 4.000€ monatlich, sondern auch gewaltige Boni für risikoreichere Einsätze versetzen die Soldaten und ihre Familien in eine substanziell bessere wirtschaftliche Lage, was sogar die russische Konsumgüter-Wirtschaft nach Kriegsbeginn neu angekurbelt hat. So profitieren besonders die Armen innerhalb der russischen Gesellschaft enorm vom Kriegsdienst, wobei für manche Angehörige letztlich sogar nachrangig ist, ob der Frontsoldat lebendig zurückkehrt.

Was Deutschland braucht – und was nicht

Nun sollte man sich von der Höhe dieser Vergütungen nicht erschrecken lassen, immerhin sind solche Zahlungen für den Kriegsfall angesetzt und eine Staatswirtschaft wie die von Putins Russland ist ebenfalls nicht anzustreben. Deutschland steht derzeit (und hoffentlich noch sehr lange) im Frieden und kann entsprechend deutlich geringere Budgets ansetzen, zumal es anhand der Lektionen des Ukraine-Krieges vielleicht ohnehin angebracht wäre, die eigene Doktrin und damit auch Investitionsschwerpunkte zu überarbeiten. Zudem kann auch die Belastung für die Dienstleistenden weit geringer sein: weder ist es notwendig den potentiellen Soldat zeitlich permanent zu binden, noch ihn für das weitaus geringere Risiko einer Verletzung oder des Todes im Gefecht zu entschädigen. Vollkommen gemäß der Ordnung des freien Marktes wäre es also möglich für beide Zustände, Krieg und Frieden, gewissermaßen ein jeweiliges *Risiko-Rendite-Profil* entstehen zu lassen. Und dies könnte man auch noch weiter untergliedern, indem man sich des Vertragsprinzips der freien Wirtschaft bedient: *Sie wollen nach der Grundausbildung kein Berufssoldat sein? Wir schreiben Sie als Reserve und brauchen Sie im Frieden nur für ein Wochenende im Monat! Auslandseinsatz ausgeschlossen? Dann eben ohne diesen Bonus!* Durch voraussehendes Ausdifferenzieren zwischen dem Bedarf der Truppe, der gebotenen Entlohnung und dem jeweiligen Einsatzprofil können ungemein größere Bevölkerungsgruppen

für den Wehrdienst angesprochen werden. Ähnlich wie ein Kunde auf einem Basar muss der Staat bereit sein, einen höheren Preis für das gewünschte Gut zu zahlen, sonst kann er es nicht erhalten. Und dieser höhere Preis ist nicht nur mehr Sold, sondern eben auch weniger Dienst. Selbiger sollte sich nicht mehr allein als Karriereweg oder Vollzeitstelle anbieten, sondern auch als Teilzeitmodell – ein großes Vorbild sehe ich hierbei in der Nationalgarde der USA. Viele US-Bürger sind darin aktiv und betrachten die wenigen Dienstage im Monat als attraktives Nebeneinkommen von einigen hundert Dollar. Die NATO-Vorgabe nach mehr abruffähigen Heeresbrigaden könnte somit auch erfüllt werden, ohne dass deren Angehörige völlig der freien Wirtschaft entzogen werden. Selbst das Problem der Über-Akademisierung des Heeres würde gelöst, denn die Beförderung innerhalb der Reserve könnte man steuern. Der Planungs- und Offiziersstab bliebe wie bisher als Berufssoldat stetig aktiv und eingebunden in die Bündnisstruktur, wohingegen eine große Zahl an Mannschaften ausreichend schnell mobilisierbar wären und gleichzeitig nicht der freien Wirtschaft entzogen sind.

Von Clausewitz beschrieb den Krieg einst als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln und diese Feststellung ist entscheidend für die Beantwortung unserer zentralen Frage nach dem minimal nötigen Zwang: Politik ist die Kunst der Vertretung eigener Interessen gegenüber denen einer anderen Partei und aus der Spieltheorie wissen wir, dass ein jeder Konflikt prinzipiell auch gewalttätig werden kann. In Voraussicht dessen sollten wir also Maßnahmen ergreifen, um für eine solche Entwicklung gewappnet zu sein. Die meisten politischen Konflikte wiederum basieren auf Differenzen politischer Gemeinschaften, wobei hierbei völlig egal ist, ob sich diese entlang der Grenzen einer Rothbard'schen Utopie oder klassischer Nationalstaaten definieren. Gruppeninteressen sollten von Angehörigen der Gruppe verteidigt werden und indem ich mich frei dazu entscheide, der einen oder anderen Gruppe anzugehören und von ihren Gütern zu profitieren, willige ich gleichzeitig ein, dass ich etwas dafür zurückgebe: Ich erhalte Sicherheit und gebe Geld für den Fortbestand derselben – ein Prinzip, das schon der Lockesche Gesellschaftsvertrag begründete. Diese Zahlung ist der kleinstmögliche Zwang gegenüber dem Individuum, aber zugleich auch der Größte, der nötig ist. Die Gemeinschaft kann dem, der jene Sicherheit konkret gewährleistet, große Teile seiner Zahlung zurückgeben und belohnt somit Dienstbereitschaft, die im Frieden vergleichsweise wenig fordert. Gleichzeitig muss man die Loyalität seiner Kämpfer nicht bezweifeln, denn im Gegensatz zu Söldnern kämpft für die Gemeinschaft, wer Teil davon ist. Doch die größte Erungenschaft eines solchen Systems wäre, dass initial kein Individuum zum Gegenstand eines Dienstzwangs wird. Ein jeder verpflichtet sich anhand der Grenzen seiner eigenen Leistungsbereitschaft, aus seinem freien Willen heraus und bekommt die Möglichkeit Chancen und Risiken rational abzuwägen. Dies kommt dem antiken Ideal des attischen Freiwilligenheers am nächsten und ich halte es für die bestmögliche Rahmung eines Zwangs, welcher die Freiheit aller gewährleistet. Zudem ist er klar in Gesetz und Verträgen geregelt, transparent und gleich, ebenso wie Hayek es vorsah. Wer würde sich nicht ein wenig sicherer fühlen in einer Gesellschaft, deren Angehörige willentlich zum Dienst an ihr zusammenkommen? Wenn sie sich regelmäßig daran erinnern, dass sie die meisten ihrer Anliegen teilen? Was könnte wehrhafter sein als eine Gemeinschaft aus Individuen, die infolge ihre freien Entscheidung jeder für sich bereit sind, mit ihrem Leben für die Wahrung dieser gemeinsamen Interessen einzustehen?